

Kriterienliste zur Prüfung und Standardisierung von Berichten der Arbeitsgremien

1	Allgemeine Angaben zum Bericht
1.1	Arbeitsgremium: Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz Ansprechperson/Tel.-Nr.: LAI-Geschäftsstelle Johannes Lobinger / 0331 866-7924 E-Mail: LAI@MLUL.Brandenburg.de
1.2	Bezeichnung des Berichts: Auslegungsfragen zum neuen Störfallrecht zur Umsetzung der Seveso-III-RL
1.3	Die Thematik des Berichts ist ☒ neu ☐ wegen sachlicher Änderungen neu erfasst
1.4	Kurze Zusammenfassung der Kernaussagen des Berichts Fragen und Antworten zu den Begriffen störfallrelevante Änderung und erhebliche Gefahrenerhöhung sowie erhebliche Gefahrenerhöhung, zum Vorhandensein gefährlicher Stoffe, zu störfallspezifischen Faktoren, zur Übermittlung von Genehmigungsbescheiden, zur öffentlichen Bekanntmachung, zur Öffentlichkeitsbeteiligung, zur Anzeige von Anlagen, zur Durchführung des Genehmigungsverfahrens, zu Mengenschwellen, zur Einstufung von Abfällen

2	Notwendigkeit des Berichts
2.1	Warum wurde der Bericht erstellt / (Ziel): Das Artikelgesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU (Seveso-III-RL) vom 30.11.2016 (BGBl. I S. 2749) ist am 7.12.2016; die Artikelverordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2012/18/EU (Seveso-III-RL) vom 9.1.2017 (BGBl. I S. 47) ist am 14.1.2017 in Kraft getreten. Die Bund/Länder AG TA Abstand hat am 20./21.9.2016 ihre Arbeiten aufgenommen. Mit einem Erlass einer neuen TA Abstand nicht vor Ende 2018 zu rechnen. Im Vollzug sind hingegen bereits jetzt Fragen zur Anwendung und Auslegung der neuen Rechtsvorschriften im BImSchG und der 12. BImSchV aufgetreten, deren Beantwortung nicht bis zur Verabschiedung einer TA Abstand warten kann.
2.2	Auswirkungen und Relevanz für die Länder und den Bund: -
2.3	Ergebnis bzw. Beschlussvorschlag: Die Umweltministerkonferenz nimmt die Vollzugsfragen und Antworten zur Umsetzung der Seveso-III-RL und der 12. BImSchV (Stand 11.04.2018) zur Kenntnis.

3	Analyse von Konfliktpotenzial
	Durch den Beschluss betroffene Gruppen und Auswirkungen

	(bitte betroffene Gruppe angeben)	(Bitte Gruppierungen bzw. Bereiche angeben, bei denen der Beschluss Restriktionen zur Folge hat)
	Bund	Keine
	Länder	Keine
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine
	Bürgerinnen und Bürger	Keine
	Sonstige	Keine

4	Kostenfolgenabschätzung						
4.1	Welche Kosten werden bei Beschluss der Ergebnisse verursacht? (Bitte einmalige Kosten mit Zusatz A, wiederkehrende Kosten mit Zusatz B angegeben)						
	(bitte betroffene Gruppe angeben)	Personal-kosten	A	B	Sachkosten (incl. Verfahrens-kosten)	A	B
	Bund	Keine			Keine		
	Länder	Keine			Keine		
	Unternehmen (einschl. Landwirtschaft)	Keine			Keine		
	Bürgerinnen und Bürger	Keine			Keine		
	sonstige	Keine			Keine		
Falls die Kosten nicht angegeben werden können, bitte erläutern:							
-							
4.2	Wurde eine Kosten-/Nutzenanalyse angestellt und Einsparungsmöglichkeiten geprüft? (bitte Ergebnis darstellen)						
	Nicht erforderlich						

5	Alternativen
5.1	Welche Auswirkungen hätte ein Verzicht des vorgeschlagenen Beschlusses: Behinderung eines einheitlichen Vollzugs des neuen Störfallrechts
5.2	Welche Alternativen bestehen und/oder wurden geprüft: Keine